Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 156 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 Fernsprecher Amt I Nr. 1713.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. R., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Victor Klinkhardt.

Nr. 427. Mittwoch 23. August 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Thüringer Stadtgemeinden haben wegen der enormen Fleischverteuerung bei ihren Vertretern im Bundesrat und beim Reichskanzler auf telegraphischem Wege Beschwerde erhoben. Die Fleischpreise sind in Thüringen bis zu 40 Prozent gestiegen.

* Das Hofmarschallamt des Prinzen Heinrich von Preußen teilt mit, daß die Meldung von einer beabsichtigten Reise des Prinzen nach Amerika völlig unbegründet sei.

* Das deutsche Schulschiff „Charlotte" beabsichtigt, der Stadt Mogador in Marokko im Laufe der nächsten Woche einen Besuch abzustatten.

* Nach einer Meldung der „N. Fr. Pr." wird die österreichische Regierung, wenn nicht in letzter Stunde eine Besserung in der ungarischen Krise eintritt, keine endgiltigen Handelsverträge abschließen, sondern sämtliche Verträge provisorisch auf ein Jahr verlängern.

* Der nächste französische Ministerrat ist auf Donnerstag vormittag angesetzt; er wird sich mit den marokkanischen Angelegenheiten und vielleicht auch mit der Einberufung der Kammern beschäftigen. Rouvier ist gestern nach Paris gereist.

* Der Erzbischof von Sevilla hat eine Sammlung zu Gunsten der notleidenden ländlichen Bevölkerung in die Wege geleitet.

* Der norwegische Storthing hat die Regierung ermächtigt, Schweden das Ergebnis der Volksabstimmung mitzuteilen und es zu ersuchen, in die Aufhebung der Reichsakte zu willigen sowie auf dem Wege der Verhandlungen bei der friedlichen Erledigung der die Union betreffenden Fragen mitzuwirken. Ferner ermächtigte der Storthing mit 104 gegen 11 Stimmen die Regierung, Delegierte zu ernennen, die Norwegen bei den Verhandlungen mit Schweden vertreten sollen.

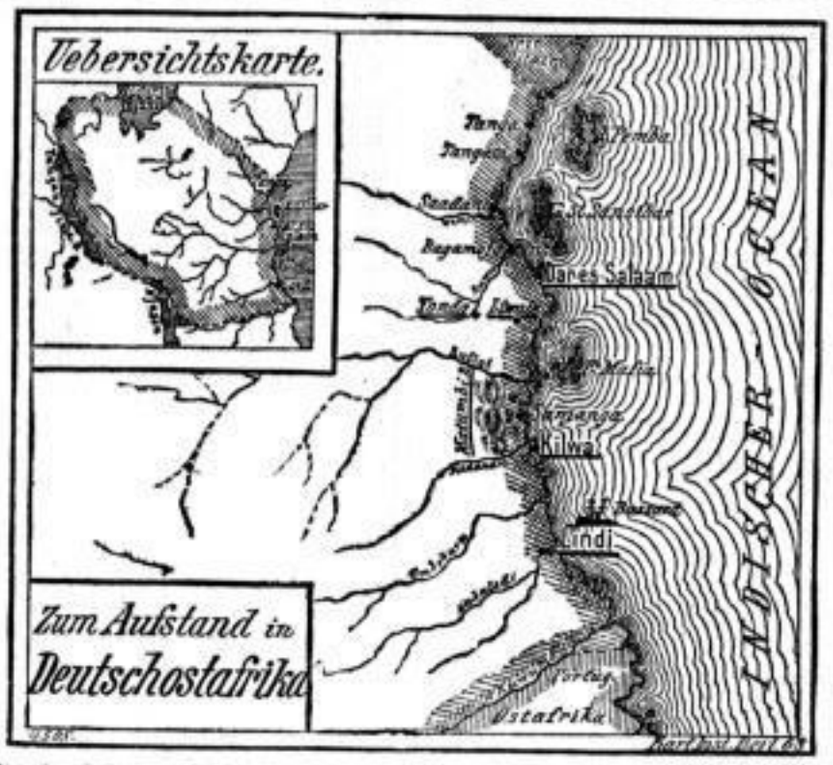
* Aus Portsmouth wird gemeldet, daß die auf heute nachmittag anberaumte Sitzung der Friedenskonferenz auf morgen früh 9½ Uhr verschoben worden ist. Als Grund wird angegeben, daß die Protokolle durch die Sekretäre noch nicht fertiggestellt seien. Reuters Bureau will dagegen wissen, daß Witte noch endgültige Instruktionen aus Petersburg abwarten wolle.

Die Unruhen in Deutsch-Ostafrika.

Unsere afrikanischen Schutzgebiete sind für uns rechte Schmerzenskinder. Noch ist der nunmehr schon zwei Jahre währende Aufstand in Deutsch-Südwestafrika nicht niedergeschlagen, da kommen aus Ostafrika trübe Nachrichten, daß auch dort Unruhen ausgebrochen sind, die auch bereits blutige Opfer gefordert haben. Soweit die bis jetzt vorliegenden, nicht gerade reichlichen Meldungen erkennen lassen, handelt es sich um zwei Hauptherde der Gärungen, von denen der eine zwischen dem Rufiji-Fluß und den Matumbi- und Kitschi-Bergen, der andere etwas weiter südlich, zwischen Kilwa und Liwale liegt. Die Namen werden unsern Lesern noch aus dem in voriger Woche gebrachten Leitartikel über den Bau einer ostafrikanischen Südbahn im Gedächtnis sein, sind auch, zum Teil wenigstens, auf der heute beigegebenen Kartenskizze verzeichnet.

Daß es im ostafrikanischen Schutzgebiet gärte, wurde schon vor Monaten in der Presse erwähnt, und gleichzeitig wurde davor gewarnt, daß die Verwaltung sich überrumpeln lasse, wie es in Südwestafrika geschehen war. Bis in die neueste Zeit hinein verstummten diese Meldungen nicht ganz. Die weißen Väter in Trier, eine der in jenem Gebiet arbeitenden Missionsgesellschaften, hatten noch vor einigen Wochen wieder ernst stimmende Nachrichten erhalten, aber amtlich wurden die Gerüchte, daß sich Unruhen vorbereiteten, für unbegründet erklärt, und als vor etwa acht Tagen wieder Meldungen ähnlichen Charakters nach Europa gelangten, wurde mitgeteilt, es handle sich um örtliche Unruhen, die mehr auf den Uebermut, als auf eigentliche Feindseligkeit der Eingeborenen gegen die Europäer zurückzuführen seien. Gouverneur Graf Goetzen gab in seinem Telegramm zu verstehen, daß die farbige Bevölkerung den guten Ausfall der Ernte wohl mit mehr Bier gefeiert habe, als sie hätte vertragen können.

Nach den neueren Nachrichten scheint aber diese ans Humoristische streifende Auffassung keineswegs haltbar zu sein. Der Gouverneur, der anfangs wohl geglaubt hat, mit der farbigen Schutztruppe und dem Landungskorps des Kreuzers „Bussard" die Ruhe wiederherstellen zu können, hat Verstärkungen beantragt. Infolgedessen sind die Kreuzer „Seeadler" aus der Südsee und „Thetis" von der ostasiatischen Station nach Ostafrika beordert worden und ferner 150 Mann Marine-Infanterie mit neun Maschinengewehren mobil gemacht worden. Sie sollen unter Befehl des Hauptmanns von Schlichting vom I. Seebataillon sofort abgehen, und zwar über Triest, um möglichst rasch ihr Ziel zu erreichen. Ob diese Zahl von Mannschaften genügen wird, um den Aufstand, denn von einem solchen kann man bereits sprechen, endgültig niederzuschlagen, muß die Zeit lehren. Einstweilen können und wollen wir es hoffen. Sollten aber wider Erwarten in der nächsten Zeit schon erneute Verstärkungen nötig werden, so wird es Sache der Regierung sein, energisch durchzugreifen. Das „System der kleinen Pakete", dessen Anwendung im südwestlichen Schutzgebiete mit den schwierigen Landungsverhältnissen in Swakopmund verteidigt worden ist, dürfte hier nicht zu rechtfertigen sein. Lieber von Anfang an gründlich verfahren, als aus falscher Sparsamkeit sich gezwungen sehen, nachher das Doppelte und Dreifache an Menschen und Geld zu opfern. Wenn jetzt



schon von Seiten der äußersten Linken erneut verlangt wird, die Regierung solle den Reichstag einberufen, so ist das einfach kleinlich, die Ausgaben für die 150 Mann, die jetzt nach Ostafrika abgehen, sind doch notwendige Ausgaben, die kein Abgeordneter, dem es mit seiner Aufgabe als Volksvertreter ernst ist, verweigern wird, und es liegt auch in der Natur der Sache, daß sie so schnell, wie irgend möglich, geleistet werden, denn umso eher können sie den erwarteten Erfolg herbeiführen. Sollten allerdings größere Truppensendungen nötig werden, so sollte die Regierung nicht zögern, die Volksvertretung schleunigst einzuberufen, ihr einen Nachtragsetat vorlegen und für etwa außeretatmäßig geleistete Ausgaben Indemnität erbitten. Fürst Bülow hat noch in den letzten Tagen wieder erklären lassen, die Regierung wolle das Budgetrecht des Reichstages aufs peinlichste beachten, und zudem ist wohl der Wunsch allgemein, daß sich Regierung und Volksvertretung einmal gründlich über die kolonialpolitischen Ereignisse der letzten Monate aussprechen. Zu wünschen wäre allerdings auch, daß man bei dieser Gelegenheit im Reichstage etwas weniger krauses Zeug und weniger abenteuerliche Ansichten aufgetischt bekäme, als dies im letzten Winter von manchen Abgeordneten geschehen ist.

Um noch einmal kurz auf den Schauplatz der ostafrikanischen Unruhen hinzuweisen, mag daran erinnert sein, daß in der Gegend westlich von Kilwa über Liwale nach Songea Unruhen von jeher an der Tagesordnung gewesen sind. Namentlich sind es die Matumbi-Berge unweit der Küste (westlich von Kilwa), deren Bewohner als unruhige Geister bekannt sind. 1894 war es der Häuptling Hassan bin Omari, der sich nach Besitzergreifung der Kolonie durch die Deutschen im Jahre 1889 grollend in jene Berge zurückzog und von hier aus den Bezirk Kilwa jahrelang beunruhigte. Da in jenen Jahren die Schutztruppe zur Unterwerfung der Wahehe benötigt wurde, konnte gegen den Uebermut des Hassan bin Omari lange Zeit seitens des Gouvernements nichts unternommen werden, bis schließlich diesem der Kamm derartig schwoll, daß er am 7. September 1894 Kilwa mit etwa 2000 Mann überfiel. Der Ueberfall wurde indessen unter großen Verlusten für die Aufständischen zurückgeschlagen. Hassan bin Omari zog sich wieder in die Matumbi-Berge zurück und wurde hier ein Jahr später von der deutschen Schutztruppe aufgehoben und in Kilwa hingerichtet. Daß der Gouverneur Graf Goetzen gemeldet hat, er beabsichtige, eine starke Kompagnie in Kilwa zu bilden und diese gemeinsam mit der Station Songea auf Liwale vorgehen zu lassen, beweist, daß das Zentrum der Unruhen diesmal etwas weiter westlich liegt. Das ist insofern günstig, als die Bewohner der dort gelegenen Landschaft Donde eine ziemlich indolente und im ganzen friedfertige Gesellschaft sind, die sich an den Kriegszügen der Wangoni und anderer Stämme nach der Küste früher nie beteiligt haben. Eine den „B. N. N." aus kolonialen Kreisen zugehende Zuschrift charakterisiert sie folgendermaßen:

„Die Wagindo sind durchaus keine großen Freunde der Arbeit. Deshalb verdingen sie sich nie als Träger, noch weniger melden sie sich bei den wenigen im Bezirk ansässigen Europäern. Hunger haben sie darum noch nie gelitten. Der Boden liefert reichlich Mais, Bataten und selbst Reis. Vieh gibt es bei den Wagindo nicht mehr, weder Kleinvieh, noch Großvieh. Die starken Herden von früher sind den Räubern aus der Nachbarschaft, den Wangoni, in die Hände gefallen und längst verzehrt. Heute werden noch Hühner und Tauben in beschränkter Anzahl gehalten. So macht Donde heute im ganzen den Eindruck eines ausgesogenen Landes, und die Bevölkerung muß als scheu und furchtsam auch dem Europäer gegenüber bezeichnet werden, alles eine Folge der früheren Wangoni-Kriegszüge. Die Wagindo haben ihre verstreuten Gehöfte inmitten dichter Waldparzellen angelegt, wo sie im Falle der Gefahr Schlupfwinkel finden." Erscheinen aber von vornherein deutsche Truppen in genügender Anzahl, so ist gleichwohl eine baldige Niederwerfung der Unruhen zu erhoffen, zumal die Meldung, daß auch im nördlichen Dar-es-Salaam-Gebiet Feindseligkeiten ausgebrochen seien, sich erfreulicherweise nicht bestätigt.

Ueber die Ursachen der Unruhen sind noch keine bestimmten Angaben zu uns gedrungen, alle Vermutungen sind daher einstweilen müßig.

Dr. P.

*

Telegraphisch wird hierzu noch gemeldet:

* **Berlin**, 22. August. Ein Telegramm aus Lindi vom 22. August meldet: Der Kreuzer „Bussard" hat in Lindi den Oberleutnant zur See Wernecke mit einem Detachement von 12 Mann und mit einem Maschinengewehr zurückgelassen. Der Kreuzer ist heute früh nach Mikindani gegangen und hat dort ein Detachement, bestehend aus einem Maschinisten und 8 Mann nebst einem Maschinengewehr, zurückgelassen. Heute abend geht der „Bussard" nach Kilwa-Kiwinje. Im Bezirke Lindi und in Mikindani sind bisher keinerlei Unruhen ausgebrochen.

Der nach Deutsch-Ostafrika bestimmte Kreuzer „Seeadler" geht heute von Yap nach Singapore ab, der Kreuzer „Thetis", gleichfalls nach Deutsch-Ostafrika bestimmt, traf heute in Tsingtau ein.

Der russisch-japanische Krieg.

Abbruch?

Aus Portsmouth werden die folgenden Aeußerungen des Herrn v. Witte telegraphiert: „Die gegenwärtige Situation erscheint mir sehr gespannt, und ich glaube nicht an die Möglichkeit des Friedens. Die japanischen Bedingungen sind für Rußland demütigend. Die Japaner versuchen, glaube ich, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Sie kommen mit Aenderungen im Text des Protokolls, die eine Neubearbeitung der Manuskripte erheischen. Ich kann vor morgen nicht sagen, daß jede Hoffnung geschwunden sei; aber die Aussicht auf Frieden scheint mir so gering, daß ich sie gleich Null betrachte." Witte dementierte ferner, daß er außer seinen ursprünglichen neue Instruktionen aus Petersburg empfangen und daß Roosevelt den Rückkauf von Sachalin angeregt habe. Der Minister ist immer noch überzeugt, daß der Frieden in Rußlands Interesse läge, ja für das Reich absolut nötig sei, wie es immer seine Ansicht war. Aber die Starrköpfigkeit der Japaner zwinge zur Fortsetzung des Krieges. Der Zar selbst habe ihm Linjewitschs Telegramm mit der Bitte um Fortführung des Kampfes zusenden lassen. — Dem „B. T." wird aus New York gemeldet: Kanekos heutige Konferenz mit Roosevelt beweist unwiderleglich den Fortgang der Kompromißverhandlungen. Während der letzten drei Tage wurden bereits vier Höllenmaschinen von unbekannter Hand verschiedenen Persönlichkeiten zugestellt, glücklicherweise ohne Schaden anzurichten. Ein Drohbrief an den Herausgeber der „American Hebrew" läßt auf einen sehr verworrenen Geisteszustand der anarchistischen Absender schließen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 22. August.

* **„Alles wird nervös".** Das Organ des gewerkschaftlichen Zimmererverbandes „Der Zimmerer" schreibt in einer Betrachtung über den Kölner Gewerkschaftskongreß und die Parteipresse: „Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei (wir können, ohne Widerspruch in den Kreisen unserer Kameraden zu finden, auch dreist sagen: unsere Partei) befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar bezw. zweifelhaft herausgestellt. Die „Verelendungstheorie" hat aufgegeben werden müssen, die „Zusammenbruchstheorie" kann nicht aufrecht erhalten werden, die „Krisentheorie" ist sehr zweifelhaft geworden, und so steht es auch mit der Auffassung der chronischen Ueberproduktion und anderen Lehrsätzen. Jedenfalls findet alles das in der wirtschaftlichen Entwickelung der letzten Jahrzehnte keine ausreichende Stütze. In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich annähernd dasselbe Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös."

*

Berlin, 22. August.

* **Einberufung des Reichstags?** Die „Nat. Ztg" schreibt: Aufs neue ertönt in der süddeutschen Zentrumspresse kategorisch der Ruf: der Reichstag muß sofort einberufen werden! Man sollte doch meinen, daß auch der „Bayer. Kurier" allmählich eingesehen hätte, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen. Wegen Südwestafrika den Reichstag einzuberufen, liegt kein Anlaß vor, da eine Etatsüberschreitung nachgewiesenermaßen nicht stattgefunden hat und auch vorläufig nicht in Aussicht steht. Was Ostafrika anlangt, so wird naturgemäß zur Bekämpfung des Aufstandes zunächst auf das Marineexpeditionskorps zurückgegriffen, wozu eine Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich ist. Sollte für Ostafrika eine Etatsüberschreitung notwendig werden, so ist der Reichskanzler nicht nur selbst der Ansicht, daß dann zuvor eine Einberufung des Reichstags notwendig sei, sondern er hat auch alle ihm untergeordneten Beamten strengstens angewiesen, alles zu vermeiden, was irgendwie die Rechte des Reichstags verletzen könnte.

* **Tabaksteuer-Erhöhung?** Der „Kölnischen Volkszeitung" wird von gut unterrichteter Seite „bestätigt", daß dem Reichstage als Kern der Finanzreform nicht die Erbschaftssteuer, sondern eine „recht gesalzene" Tabaksteuer vorgelegt werden soll, die auf einen Mehrertrag von 50 bis 60 Millionen Mark jährlich zugeschnitten sei. Dazu wird der „Dtsch. Tgztg." mitgeteilt, daß die „Seite" der „Kölnischen Volkszeitung" in diesem Falle nicht gut unterrichtet ist. Was dem Reichstag als Kern der Finanzreform unterbreitet werden soll, steht überhaupt noch nicht fest, da der Bundesrat sich mit der Frage noch nicht befaßt hat. Sollte man, was zu bezweifeln aller Grund vorhanden ist, auf eine Tabaksteuererhöhung kommen, so würde das Beiwort „recht gesalzen" schwerlich auf sie passen. Das Blatt spricht sich am Schluß auch noch deshalb gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer aus, weil sie nicht erreichbar und sehr bedenklich sei.

* **Deutsch-schwedische Handelsbeziehungen.** Die Reichsregierung hat nunmehr auch die Vorarbeiten für einen Handelsvertrag mit Schweden aufgenommen. Im Auftrag der Reichsregierung wendet sich der Deutsche Handelstag an die Handelskammer und kaufmännischen Korporationen mit der Aufforderung, so schnell wie möglich Wünsche hinsichtlich des schwedischen Zolltarifs ꝛc. zu äußern. (Zwischen dem Deutschen Reich und Schweden besteht nach Bundesratsbeschluß vom 20. Februar 1885 die gegenseitige Meistbegünstigung, jedoch noch kein Tarifvertrag.)

— Die Verhandlungen über die Forderungen der Berliner Speditionsarbeiter beschäftigten am Montag abend eine stark besuchte Versammlung der Rollkutscher, Wirtfahrer und Bodenarbeiter im Speditionsgewerbe. Die Annahme der bisher gemachten Zugeständnisse erklärte die Versammlung für unmöglich. Sie erwartet aber, daß die Arbeitgeber noch zu weitergehendem Entgegenkommen bereit sein werden. Die endgültige Entscheidung soll am kommenden Sonntag getroffen werden. Die Arbeitgeber haben bereits in den bisherigen Verhandlungen betont, daß sie weitergehende Zugeständnisse nicht machen könnten. Sollte kein Einverständnis erzielt werden, so wird die Arbeit am Montag, 28. August, niedergelegt werden.

— In Schorbus bei Beuthen (Bezirk Frankfurt a. O.) ist der Rittergutsbesitzer Ernst v. Werdeck nach schwerem Leiden im 56. Lebensjahre gestorben. Der Verblichene hat als Mitglied der konservativen Partei den Kreis Kottbus-Spremberg von 1893 bis 1898 im Reichstage und von 1888—1903 im preußischen Abgeordnetenhause vertreten.

— Personalien. Der „Reichsanz." meldet: Der Königliche Gesandte in München, Wirklicher Geheimer Rat Graf von Tauchtalés hat sich nach Berlin begeben, um zeitweilig die Vertretung des beurlaubten Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Während der Dauer seiner Abwesenheit von München werden die Geschäfte der Gesandtschaft vom dem etatsmäßigen Sekretär, Legationsrat Freiherrn von Werthern geführt. — Der Direktor beim Reichsjustizamte des

Für den Monat September

nehmen alle Postanstalten, Briefträger, Annahmestellen und die unterzeichnete Expedition Bestellungen auf das

Leipziger Tageblatt

schon jetzt entgegen.

Der Abonnementspreis beträgt pro Monat:
Für **Leipzig** frei Haus . . . . . Mk. 1.25
„ **Auswärts** durch die Post bezogen „ 1.50

Das Verkehrsbuch (Kursbuch) Winterausgabe 1905/06 erscheint Anfang Oktober neu u. wird allen Abonnenten kostenlos zugestellt.

Expedition des Leipziger Tageblattes.